

# Volksblatt

## Sozialdemokratische Tageszeitung für Halle und den Bezirk Merseburg

Das „Volksblatt“ erscheint mit täglichen Ausgaben. Es ist Publikationsorgan der genossenschaftlichen und gewerkschaftlichen Organisationen und amtliches Organ verschiedener Behörden. Geschäftsleitung: Dr. Wäckerle 6. Bernauerstraße Nr. 246/5, 246/5, 246/5. Persönliche Auskunftserteilung mittags von 13 bis 14 Uhr. — Inverantwortlich einsehend: Max Strödel, Nr. 246/5, Bernauerstraße.

Bezugspreis monatlich 2,00 und 0,30 RM. Zustellungsgebühr, insgesamt 2,30 RM., für Adressen außerhalb 0,30 RM., Belegpreis 2,30 RM., durch Verlegerin Nr. 270, Halle, bei direkter Einlieferung an den Verlag 2,00 RM. — Anzeigenpreis 15 Pf. im Tagespreis und 30 Pf. im Wochenpreis der Belegblätter. Hauptgeschäftsstelle: Dr. Wäckerle 6. Bernauerstraße 246/5, 246/5, 246/5. Telephonnummer 2319 Erlau.

## Die Burschen um Hitler werden immer frecher Deutschlands Kulturschande!

### Die Mordheker vom Hakenkreuz Bild hält blutrünstige Reden und andere sollen schuld sein

München, 18. November.  
Noch in aller Erinnerung dürfte die blutrünstige Rede Fritzs sein, in der er in Frankfurt a. O. sagte, daß „sehr viele von den wichtigsten Funktionären zu Schaden kämen, wenn Hitler an die Macht komme“.

Jetzt wagt der „Völkische Beobachter“ nach der Konferenz der Innenminister die unerschämte Bemerkung: „Wir können die unerschämten Plakate, die eine Kulturschande für Deutschland bedeuten, befeitigt werden, wenn verantwortliche Amtsträger Mitglieder von Parteien sein hätten, die ihrerseits an der Mordschande mitschuldig seien“.

Das ist die verlogene und erbärmliche Hitlerpartei in ihrer ganzen Größe! Jetzt steht doch, daß das Verbrechertum auf den Straßen sich erst brei machen konnte, seit Hitler nennenswerten Anhang bekommen hat. Bis dahin gab es so gut wie keine blutrünstigen Auseinandersetzungen in Deutschland. Nicht einmal im November 1918 kam es zu nennenswerten Blutschöpfungen. Erst seitdem Hitlers SA, an die Stelle des Geistes die blutrünstige Bestialität gesetzt hat, gibt es Tag für Tag die tragischen Zusammenstöße. Und die Führer Hitlers sind er selbst hatten blutrünstige Reden gegen Andersgelenkte. Ja, Hitlers ganze Bewegung ist eine einzige Kulturschande für Deutschland. Es wird höchste Zeit, daß die anständigen Nachfolger und Wähler der Hitlerbewegung erwachen und sich von ihr abkehren. Dieses Erwachen wird für Hitler die Abrechnung bringen, die er schon längst verdient hat.

## Folgen der Hefenwahl Zentrumserklärung: Die Nationalsozialisten sollen zeigen, was sie können

Der Pressedienst der Zentrumsparlei schreibt über die politischen Konsequenzen der hessischen Wahlen:

„Bei dem tendenten Teil der Nationalsozialisten ist man über das Hefen-Wahlergebnis gar nicht so erfreut, wie man nach außen hin sich den Anschein gibt. Immer näher rückt die Probe aufs Exempel, nun muß man zeigen, was man kann! Eines ist sicher: eine wesentliche Steigerung der nationalsozialistischen Bewegung ist nicht mehr möglich, weil es für die Nationalsozialisten im hessischen Lager, aus dem allein ihnen der Anhang pulst, einfach nichts mehr zu erobern gibt. Was zwischen dem Zentrum und den Nationalsozialisten steht, ist so gut wie unüberwindlich. Im Zentrumsumsturz bricht sich die Hakenkreuzpartei, und im linken Lager sind nur die Truppen durcheinander geraten, ohne daß sie aber irgendwie geschwächt worden wären. Nun aber müssen die Wähler eingelöst und die Versprechungen erfüllt werden! Und das liegt das große Hakenkreuz für die Hakenkreuzer! Nun sollen uns mal die Nationalsozialisten in Hessen zeigen, was sie können. Es wird für das deutsche Volk sich geradezu als ein Glücksfall herausstellen, daß in Hessen die Zentrumsparlei für die Regierungswahl der Nationalsozialisten gemacht werden kann. Das wird ein sehr interessanter und lehrreicher Aufschauungsunterricht für die anderen und größeren Wahlen bedeuten, die uns im Frühjahr bevorstehen. Es ist etwas anderes, unverantwortlich in wilder und roborativer Opposition zu machen und die Massen mit Drohen zu füttern, und es ist etwas anderes, an verantwortlicher Stelle gestellt zu sein und sachliche Arbeit leisten zu müssen. Und wenn die Parteien, die sich in einen Kampf haben verlegen lassen, und diejenigen, die sich um ihre Hoffnungen und Erwartungen betrogen haben, noch erfahren müssen, daß auch die Nationalsozialisten mit Wähler werden können, dann wird in der Tat das Erwachen für alle diese Schichten bitter und schwer sein. Und dieses dann wirklich erwachende Deutschland wird die Zukunft meistern!“

An anderer Stelle sagt der Pressedienst des Zentrums weiter:

„Grundsätzlich haben wir folgendes zu sagen: Ehe nicht Sühne geleistet ist für die unerhörten Beschimpfungen des Zentrums und seiner Führer durch die nationalsozialistische Presse, insbesondere der „Völkischen Beobachter“, können und werden wir mit den Nationalsozialisten nicht sprechen.“

Nach diesen Darlegungen scheint man im Zentrum den Plan zu erwägen, in Hessen die Nationalsozialisten an die Regierung zu lassen — wenn sie vorher Genugtuung geben.

## Gegen Terror und Mordheke Sozialdemokratische Vorstellungen beim Reichstangler

Die Führer der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion, die Abgeordneten Weis, Dr. Westphal, Dr. Giffert und Dr. Gersch, hatten am Dienstag eine Besprechung mit dem Reichstangler Dr. Brüning wegen der Mordheke, die in ständig wachsendem Umfange von den Nationalsozialisten betrieben wird. An der Besprechung nahmen auch der Reichswehrminister Grosse und der preussische Innenminister Geyerling teil.

Von sozialdemokratischer Seite wurde an Hand umfangreichen Materials der Nachweis geführt, daß von führenden Nationalsozialisten nicht nur so gewalttätig Leuten ausgereicht wird, sondern daß von der Reichswehr des Herrn Hitler, den SA-Organisationen, auch in zahlreichen Fällen solche Gewalttätigkeiten organisiert begangen werden. Auf diese Weise werde der Bürgerkrieg heraufbeschworen, da sich die übrigen Volksschichten eine solche Bedrohung von Leben, Gesundheit und Freiheit der politischen Betätigung nicht gefallen lassen können.

Aufgabe der Staatsgewalt sei es in erster Linie, durch das härteste aktive Vorgehen im Kampf gegen Mordheke und Terror sichtbar zu zeigen, daß dieser Kulturschande eine Grenze gezogen werden muß. Gehehe das nicht, so könne man nicht erwarten, daß die Massen des Volkes, die zur Republik stehen, Vertrauen zur Staatsgewalt haben, und man müsse begreifen, daß sie sich zur Selbsthilfe entschließen. Es werde ferner eine große Beunruhigung geschaffen, die die Absicht, die Regierung zu rücken, immer mehr erschüttern müsse.

Sowohl der Reichstangler als auch der Reichswehrminister verzweifelten die politischen Auswirkungen und versprochen, alle zu ihrer Bekämpfung möglichen und ausfindreichen Schritte zu unternehmen. Das von den sozialdemokratischen Abgeordneten vorgebrachte Material über Terror der Nationalsozialisten soll dem Reichsinnenministerium schriftlich unterbreitet und auf das sorgfältigste geprüft werden.

## Änderung der 3. Notverordnung Zur Zufriedenheit Bayerns

München, 18. November. (Eigenbericht.)  
Zwischen dem Reichstangler, dem Reichsfinanzminister und drei bayerischen Ministern wurden am 16. und 17. November in Berlin Verhandlungen gepflogen, die eine Reihe Änderungen der dritten Notverordnung des Reichspräsidenten vom 6. Oktober bezweckten. Diese Verhandlungen wurden mit einem die bayerische Regierung befriedigenden Ergebnis abgeschlossen.

## Zur Pilsudski vernichtend Eine Aussage im Prozeß gegen die Opposition

Warschau, 18. November. (Eigenbericht.)  
In der heutigen Verhandlung gegen die Führer der Oppositionsparteien wurde der mehrfache Ministerpräsident in den einzelnen Pilsudski-Regierungen bis zum Jahre 1930 und Lemberger Universitätsprofessor Bartel vernommen, der trotz seiner Zugehörigkeit zum Pilsudski-Lager durch seine Aussagen die Grundthesen der Anklage vollkommen vernichtete. Er erklärte, daß es unter keinen Umständen stimmen könnte, daß die Führer der demokratischen Links- und Mittelparteien an revolutionären Umtrieben beteiligt gewesen wären. Er habe auch, trotzdem er längere Zeit an der Spitze verschiedener Pilsudski-Regierungen gestanden habe, niemals etwas von irgend welchen Vorbereitungen zu einem bewaffneten Umsturz der Oppositionsparteien bemerkt. Eine politische Sensation bildeten die Erklärungen Bartels, die in verführerischer Form aber doch eindeutig die gegenwärtig am Aude befindlichen Pilsudskisten eines durchaus solchen Systems bezichtigten.

Außer Bartel wurde auch der ebenfalls in Pilsudskismus gefallene demokratische Abgeordnete Popiel vernommen, gegen den die Verhandlung ohne Angabe von Gründen aus dem Gesamtprozeß der Oppositionsführer ausgeschlossen worden war. Popiel wies darauf hin, daß es ihm bisher vollkommen unklar sei, was ihm eigentlich vorgeworfen wird.

## Neuer polnischer Innenminister Lemberg, 18. November.

Der frühere Wojewode von Lemberg, Oberst Rafonieczynski, wurde zum stellvertretenden polnischen Innenminister ernannt.

## Aus der Haft entlassen Rahenkellendogen wird freigesetzt

Der frühere Generaldirektor der Schultheiß-Bahnhofes A.-G. Ludwig Rahenkellendogen, ist gegen eine Sicherheitsleistung in Höhe von 100 000 M. aus der Haft entlassen worden.

## Hessischer Landtag am 3. Dezember Die Hitler-Partei will den Präsidenten stellen

Darmstadt, 17. November. (Eigenbericht.)  
Der neue hessische Landtag tritt am 3. Dezember zu seiner konstituierenden Sitzung zusammen. Die Nazis beanspruchen für sich als stärkste Fraktion das Amt des Präsidenten.

## Amerikas Bereitschaft — wenn sich Europa geeinigt hat Internationale Schuldenerrebnis

### Vor der deutsch-französischen Reparationsverhandlung?

Paris, 18. November.  
Die amerikanische Regierung ist bereit, die Frage der interalliierten Schulden auszurollen, sobald eine europäische Verständigung über die deutschen Reparationsleistungen erzielt worden ist. Diese Bereitschaft hat die Washingtoner Regierung an den amerikanischen Botschafter in Paris in einer Denkschrift auf dem Kabelwege mitgeteilt. Es heißt, daß diese Denkschrift die Foster-Laval-Verständigung zur Geltung Amerikas in der Schuldenerrebnisfrage ergänzt und erweitert. Die amerikanische Presse bemerkt, daß die Denkschrift abgeschickt worden sei, nachdem feststehe, daß die deutsch-französischen Verhandlungen kurz vor dem erfolgreichen Abschluß stehen. Es sei sicher, daß der Kongreß sich einer Neuregelung der interalliierten Schulden nicht entgegenstelle.

## Bälou und Sir John Simon bei Laval Paris, 17. November. (Eigenbericht.)

Ministerpräsident Laval hat Dienstagvormittag nachdem er den englischen Außenminister Sir John Simon und den Staatssekretär von Bälou empfing. Es soll sich um reine Höflichkeitsbesuche gehandelt haben, die mit den Verhandlungen über die Einberufung des Sachverständigenausschusses in keiner Beziehung standen.

Der englische Außenminister Sir John Simon hat, wie wir erfahren ebensowenig wie Staatssekretär von Bälou den Auftrag, während seines Pariser Aufenthalts mit der französischen Regierung offiziell über die Reparationsfrage und die Einberufung des Sachverständigenausschusses zu verhandeln. Der englische Außenminister wird Paris wahrscheinlich am Donnerstag verlassen, da er in London an einer Kabinettsitzung teilnehmen muß. Er dürfte aber am Ende der Tagung des Völkerbundes nach Paris zurückkehren.

Wie der „Populaire“ meldet, hat der japanische Botschafter D. Hishizawa am Montagabend versucht, den Ministerpräsidenten Laval zu sprechen.

PL  
53440  
A!  
enn.  
Schick  
dionen  
Natur.  
stätt  
auf  
br.  
0 Uhr.  
Harvey  
Nr. 7  
5438  
mit dem  
höchst-  
- und  
trotzen  
nosas  
unter-  
jedem  
ang ab  
ungen  
beden  
gratis  
al.  
det am  
romb.,  
solater  
288 66  
ne  
agen  
rege  
lung  
steht  
engel,  
ne  
ze

Abbau der Kaufkraft — aber kein Abbau der Preise . . .

# Kampf um den Lohn.

## Tragikomödie

Mit der Verbindlichkeitsklärung des Reichsbeschäftigtenrates ist ein neuer Lohnabbau für rund 800 000 Arbeiter zum Abschluß gekommen: nämlich für 380 000 Eisenbahner, 300 000 Gemeinbedienstete, 60 000 Postarbeiter, 25 000 Reichsarbeiter und 25 000 Wasserbauarbeiter. Diese Zahlen zeigen zur Genüge, welche Bedeutung diesem neuen Abbau der Massenkauftkraft zukommt.

Ein Trauerpiel! 800 000 Arbeitern ist ihr Einkommen um 45 Proz. oder um rund 72 Millionen Mark gekürzt worden. Für die Reichsarbeiter ist nur ein Beispiel zu bringen, in Verbindung mit vorausgegangenem Arbeitsentfremdungen das Einkommen auf den Stand des Jahres 1924 heruntergedrückt worden. Es gibt genug Fälle, wo das Arbeitsentfremdungen sich seit 1929 um 500 bis 800 Mark im Jahr vermindert hat. Die Reichsarbeiter sind aber noch nicht am schlimmsten dran. Im Verlauf der Verhandlungen wurde von den Gewerkschaften überzeugend der Nachweis geführt, daß man bei allem hier in Frage kommenden Arbeiterkategorien schon vor dem neuen Abbau nur noch von Hungerlöhnen sprechen konnte. Der Arbeiterlohn aber wird der Hungerlöhne noch erger gekürzt. Die Kaufkraft der breiten Masse wird weiter eingeeignet. Von neuem wird dadurch die Arbeitslosigkeit gefördert. Wieder einmal war die Regierung nur hart gegen die Arbeiter. Wie sich das mit solchen Worten des Reichstanzlers von der sozialen Gerechtigkeit vereinbaren läßt, bleibt das Geheimnis der Reichsregierung.

Die Schlichtung spielte in dieser Lohnbewegung eine

tragikomische Rolle. Für den Fall, daß die Schlichter eine geringere Kürzung der Löhne als 45 Proz. in den zu fallenden Schiedsprüchen festlegten, waren solche Schiedsprüchungen durch die Rotenverbände nicht außer Kraft gesetzt, den betreffenden Arbeitgebern war das Recht zugesprochen, die Löhne der Arbeiter in dem vorgesehenen Umfang mit „tarifrechtlicher“ Wirkung zu kürzen.

Interessant ist in diesem Zusammenhang auch die Tatsache, daß die Schiedsprüchungen für die Reichspost, das Reich und die Wasserbauverwaltung auf dem Anordnungswege durch die Rotenverbände durch „Tarif“ erhoben wurden, während die Schiedsprüchungen für die Reichsbahn und die Gemeinden vom Reichsarbeitsminister für verbindlich erklärt wurden.

Nach der Rotenverbände vom 5. Juni gab sich das Reichsfinanzministerium das Recht, die Löhne der Reichsarbeiter zu kürzen. Zunächst hat es von diesem Recht keinen Gebrauch gemacht, sondern in Ausführungsbestimmungen festgelegt, daß die Lohnbewegung der Reichsarbeiter ebenfalls durch ein Schiedsverfahren zum Abschluß gebracht werden solle. Das ist auch geschehen. Der Schiedspruch ist dann von den Arbeitern abgelehnt worden. Nach normalem Verlauf der Dinge hätte nunmehr das Reichsarbeitsministerium die Verbindlichkeitsklärung ausprechen müssen. Das ist aber nicht geschehen, sondern das Reichsarbeitsministerium hat die Entscheidung wieder dem Reichsfinanzministerium zugewiesen. Dieses hat nun nicht von der Rotenverbände Gebrauch gemacht, sondern den Schiedspruch angeordnet. Es ist also ein Schiedspruch, der nicht Reichsministeramt erlangt hat, nicht von dem zuständigen Reichsarbeitsministerium, sondern vom dem Finanzministerium in Kraft gesetzt worden.

Das alles nennt man bei der Regierung: „Wahrung des Tarifrechts.“ Der Arbeiter nennt es: Komödie.

Am östlichen dürfen mit den nunmehr vorliegenden Verhandlungen des Reichspräsidenten vom 28. März, 17. Juli, 10. August und 6. Oktober d. J. im wesentlichen alle Maßnahmen getroffen sein, die zunächst getroffen werden können. Ob weitere Ergänzungen notwendig sind oder ob es nicht notwendig angezeigt erscheint, nunmehr zunächst die Wirkung der bestehenden Maßnahmen abzuwarten, kann dem Ergebnis der heutigen Aussprache überlassen bleiben.

Es war in diese eintreten, möchte ich in diesem Zusammenhang Ihre Aufmerksamkeit auf einige Ereignisse richten, gegenüber denen mir ein schärferes Zupacken unbedingt erforderlich erscheint.

Das sind in erster Linie die Terrorakte, Morde und andere Gewalttätigkeiten an politischen Gegnern, die sich erschreckend gehäuft haben und zu einer Aufkündigung für Deutschland geworden sind.

Es ist dringend erforderlich, daß Polizei- und Justizbehörden alles tun, um weitere solche Terrorakte zu verhüten oder, wo dies nicht möglich ist, der Täter habhaft zu werden und sie einer raschen und harten Bestrafung auszuliefern. Hier muß mit aller Energie vorgegriffen werden. Wir müssen in unserer heftigen Bekämpfung Maßnahmen erdienen, durch welche dieser Mordeverbrechen entgegengetreten werden kann, und ich bitte die Herren Kollegen, sich zu diesem Punkt zu äußern. Es würde den Herren aus der Presse bekannt sein, daß sich die Nationalsozialisten wegen der Mordboten, die in der letzten Zeit besonders gegen SA-Mitglieder begangen wurden, an den Herrn Reichspräsidenten gewandt haben, und der Herr Reichspräsident hat mich gebeten,

diesem Überfällen und politischen Mordboten meine besondere Aufmerksamkeit zuzuwenden.

Ich darf diese Bitte an Sie weitergeben.

Zusätzlich habe ich gelernt von Herrn Hitler umfangreiches Material darüber erhalten, das ich sorgfältig prüfen und den Landesregierungen zur Kenntnis bringen werde. Weitere Maßnahmen, auch nicht polizeilicher Art, behalte ich mir vor und werde darüber mit den Landesregierungen in Verbindung treten.

Eine besondere Aufmerksamkeit verdient weiter die von der Kommunistischen Partei mit allen Mitteln und im größten Umfange betriebene Zersetzungstätigkeit gegen Reichswehr und Polizei. Sie werden mir zustimmen, wenn ich in dieser Zersetzungstätigkeit eine der gefährlichsten Angriffsmittel gegen den bestehenden Staat sehe. Brechen, die hier in das Staatsgefüge eingeschlagen werden, können von unabsehbaren Folgen sein. Die Kommunistische Partei ist sich auch, wie aus zahlreichen Zeugnissen belegt werden kann, ganz klar darüber, daß die Zersetzungstätigkeit an den zur Vorbereitung des Staates berufenen Organen die wesentlichste Vorbereitung für das Gelingen eines Kuppelversuches ist. Wir können uns nicht damit zufriedengeben, daß bis jetzt solche Zersetzungsvorhaben — von wenigen tief bedauerlichen Ausnahmen abgesehen — an dem festen Gefüge von Reichswehr und Polizei abgeprallt sind.

Andere Aufgabe muß es sein, solche Versuche nach Möglichkeit von vornherein zu verhindern.

Ich habe kürzlich bei dem Herrn preussischen Minister des Innern angefragt, der kommunistischen Zersetzungstätigkeit durch zentrale politische Abschirmmaßnahmen entgegenzuwirken, und ich bitte die Herren, sich auch hierzu zu äußern.

## Die Konferenz der Innenminister

Zunächst mich mitgeteilt: In der Konferenz der Innenminister der Länder nach den einleitenden Ausführungen des Reichsinnenministeriums Dr. Groener eine allgemeine und eingehende Aussprache statt. Die Innenminister der einzelnen Länder haben einen lebhaften über die politische Situation in ihren Ländern. Die Aussprache ergab die einmütige Auffassung über die Notwendigkeit, dem politischen Terror, von welcher Seite er auch kommen mag, mit allen zu Gebote stehenden Mitteln entgegenzutreten.

# Groener über die Mordseuche

## Aussprache auf der Konferenz der Innenminister

Unter dem Vorsitz des Reichsministers Dr. Groener begann Dienstag vormittag um 11 Uhr die Konferenz der Innenminister im Reichsministerium des Innern. Die Innenminister der Länder waren sämtlich persönlich erschienen. Reichsminister Dr. Groener eröffnete die Beratungen mit einer einleitenden Aussprache, in der er unter anderem folgendes ausführte:

„Nach der guten Gesinnung dieses Hauses habe ich Sie als bald nach meinem Amtsantritt hierher gebeten, um mit Ihnen Führung zu nehmen und diejenige Zusammenarbeit zu sichern, die sowohl im Interesse des Reiches wie aller einzelnen Länder notwendig ist.“

Der Reichsminister des Innern hat auf politischem Gebiet seine höchste Stellung. Volkshoheit und politische Exekutiv liegen bei den Ländern, in der Defensivität wird meist der Reichsinnenminister verantwortlich gemacht. Vor einigen Tagen habe ich im Reichsrat die Versicherung abgegeben, daß ich nicht beabsichtige, in die Zuständigkeiten der Landesregierungen ohne Not einzugreifen.

Die Verteilung der Exekutiv- und Defensivität ist in weitgehendem Maße die Möglichkeit, den besonderen Verhältnissen in den einzelnen Ländern Rechnung zu tragen. Sie bewahrt uns vor einer Schmälerung der politischen Funktionen, die unsere Aufgaben eher erschweren als erleichtern könnte.

Dem mit jeder Maßnahme, die zur Sicherung der staatlichen Autorität ergreifen wird, muß auch ein Stück Vertrauen zum Staat geschenkt werden.

Das Vertrauen zum Staat ist dem Deutschen untrennbar verbunden mit dem Bewußtsein seiner engeren landsmannschaftlichen Zugehörigkeit.

Soll die Trennung von Legislative und Exekutive unsere Aufgaben fördern, dann muß sie allerdings mit einer engen vertrauensvollen Zusammenarbeit von Reich und Ländern verbunden sein. Beim einzelnen Staatsbürger fallen Gesetz und seine Anwendung zusammen. Von ihm kann man nur dann Abkehr von der Autorität des Staates erwarten, wenn er davon überzeugt ist, daß Legislative und Exekutive von einem einheitlichen Willen getragen sind.

Die schweren Gefahren, von denen Reich und Länder gegenüber bedroht sind, erfordern die enge und unerschütterliche Zusammenfassung des Willens von Reich und Ländern, um so mehr, je bedrohlicher die Entwicklung sich gestalten sollte.

Es gilt, den Staat gegen alle Erschütterungen zu sichern und gewalttätige Auseinandersetzungen zwischen politischen Gegnern vollständig zu unterbinden. Die Mittel dazu gewähren die Notverordnungen des Herrn Reichspräsidenten.

Es geht nicht nur um den inneren Bestand des Staates und seiner Verfassung, sondern auch um die Außenpolitik in einem Augenblick, wo die allerwichtigsten Entscheidungen auf dem Spiele stehen.

Wir müssen dem Herrn Reichspräsidenten für die Führung der Außenpolitik den Rücken im Innern decken. Ohne diese Deckung ist jede Außenpolitik zum Scheitern verurteilt.

Aber auch auf dem Gebiet der Wirtschaftspolitik sind Fortschritte zur Geltung nur zu erzielen, wenn es gelingt, die Interessen der Bevölkerung zu überwinden und das schwindende Vertrauen zur Staatsführung wieder zu stärken. Freilich, durch politische Maßnahmen allein ist dies niemals zu erreichen, sie können nur den Weg offen halten für die verfassungsmäßige Entwicklung der politischen Zustände. Sollten politische Maßnahmen gar als Schikanen empfunden werden, so vermehren sie die Unzufriedenheit und können zu einer ersten Gefahr für die öffentliche Ruhe und Ordnung werden.

Deshalb muß bei allen untern Maßnahmen vorzusehen, daß Gerechtigkeit waltet und ein getreuer Kurs gehalten wird.

Darüber zu wachen, halte ich für meine vornehmste Pflicht und ich bin gewiß, daß die Landesregierungen darin mit mir einig gehen.

Kritik und politische Betätigung ist niemandem im Deutschen Reich verwehrt. Die ehrliche und anständige Auseinandersetzung mit dem politischen Gegner soll nicht unterbunden werden. Wer immer zur Arbeit am Wiederaufbau bereit ist, soll ohne parteipolitische Vorurteile dazu willkommen sein. Die Staatsführung darf sich nicht von Ermahnungen der Parteipolitik leiten lassen: es gibt nur ein Ziel der Staatspolitik, die Erhaltung

und den Wiederaufbau des Reiches. Wer sich allerdings diesem Ziele mit den Mitteln der Gewalt oder mit den Mitteln der Beschimpfung und Verleumdung der Staatsorgane entgegenstellt, gegen den soll von denjenigen Maßnahmen Gebrauch gemacht werden, die durch die Verordnungen des Herrn Reichspräsidenten zur Verfügung gestellt sind.

Wie Sie, meine Herren, sich unter meinem vereinten Herrn Amtsvorgänger am 28. September d. J. zum letzten Male hier versammelt haben, sind von Ihnen eine Reihe von Wünschen in der Richtung einer weiteren Ausgestaltung der bis dahin erlassenen Ausnahmeverordnungen vorgebracht worden. Diesen Wünschen ist durch die Vorordnungen, die als letzter Teil der Verordnung des Reichspräsidenten vom 6. Oktober 1931 erlassen worden sind, im wesentlichen entsprochen worden.

Es handelt sich dabei hauptsächlich um Maßnahmen gegen illegale Schriften, gegen die Umgehung von Zeitungsverboten, gegen sogenannte Parteizeile und gegen Waffenselbst.

Die Verordnung hat außerdem die gewöhnliche Strafvorschrift für Zuwiderhandlungen gegen Verammungs- und Aufzugsverbote gebracht, die von den Polizeistellen der Länder auf Grund des Artikels 123 Absatz 2 der Reichsverordnung erlassen werden; sie hat außerdem die Strafvorschriften gegen die Verbreitung verbotener Flugblätter neu gefaßt.

# Das Gesicht des gelben Terrors

## Sozialdemokraten sollen aus Arbeitsstellen geworfen werden. — Die Stadtverwaltung Gulin verfährt nach dem Hakenkreuzbefehl

Gulin, 17. November. (Eigenbericht.)

Die Nationalsozialisten hatten zu Montag oben im Schloss-Hotel eine öffentliche Versammlung einberufen, in der sie sich mit den Vorfällen der letzten Wochen beschäftigten.

Nach allgemeinen Ausführungen über den Stand der Lagebewegung ging der Redner auf die einzelnen Punkte der Tagesordnung ein. Böhmer begründete die Erklärung des Reichsbannerführers Richard Hanke, der die Schuld den Nazis und der Polizei zumißt, als eine „saurige Gemeinheit“. Die Arbeiterbewegung sei kein Bollwerk gegen die Gewalt, die man ebenso als geborgene Würder bezeichnen könne. Böhmer fordert auch Aufhebung des Demonstrationsverbots, Verbot des Reichsbanners und Schließung des Rammischen Hofes, da in dessen Vorder- und Hinterzimmern die Wochpläne ausgelegt worden seien. (1)

Zur Haltung der Polizei erklärte Böhmer, daß er dem Bürgermeister als obersten Polizeiherrn im Stadtrat einige Fragen vorlegen möchte, die er in der Defensivität nicht behandeln könnte, doch zu einigen Punktebeispielen möchte er unbedingt etwas sagen. Eine einzige Ausnahme bestebe hinsichtlich des Kommissars Dierks, dem wir das Zeugnis eines laßlichen und durchaus torrenten Beamten ausstellen, und der seinen Aufgaben in jeder Weise gerecht geworden ist. Herr Dierks brauche keine Angst zu haben vor dem kommenden Dritten Reich, es werde ihm bestimmt den ihm zukommenden Posten übertragen. Für einige andere Polizeibeamte im Dritten Reich sei Platz in Arbeitsstellen (Polizeikommissar Dierks sei in der Pause die Glückwünsche der SA und SS entgegen, man sieht ihm im freundschaftlichen Gespräch mit SA und SS, in der Vorhalle des Schloss-Hotels).

Böhmer fuhr fort: „Aber es gibt noch ein zweites Mittel, um diesem Terror von links zu feuern und hier richte ich einige Worte an die nationalen Arbeitgeber.“

Ich erkläre es hier als eine Unmöglichkeit, daß nationale Arbeitgeber und Mitglieder des Stahlheimes noch weiter Marxisten in ihren Diensten beschäftigen, während hunderte SA-Mitglieder erwerbslos sind. Die Marxisten müssen sofort entlassen werden

oder aber eine schriftliche Erklärung abgeben, daß sie nicht mehr dem Reichsbanner und der SPD angehören. Erfüllen die Arbeitgeber unsere Forderungen nicht, so begehen sie erneut schwerer Verstoß: an der „nationalen Bewegung“. Wir fordern von der Stadtverwaltung Klärung und Ausschluß aller Reichsbanner- und SPD-Mitglieder aus der städtischen Lebensgemeinschaft.

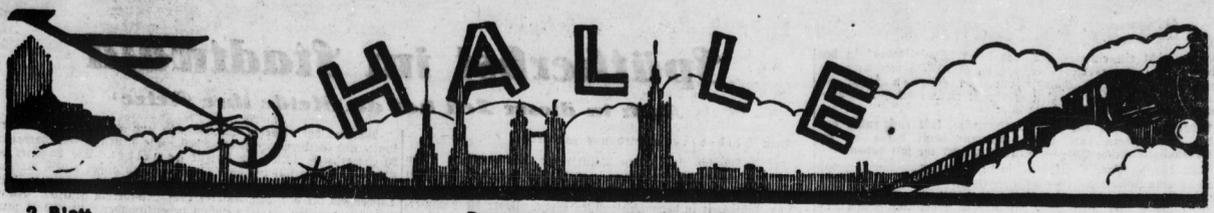
Mitglieder dieser Vorkommnisse dürfen von wirklichen Deutschen nicht mehr gegürtet werden. Ergreift die Stadt keine Maßnahmen, um diese Forderungen zu erfüllen, so werden wir geeignete Maßnahmen ergreifen, um zu unserem Ziele zu gelangen. Herr Bürgermeister, in mein Haus kommt kein rotger Gesabber mehr! Ich schneide ihn raus, denn ich weiß nicht, ob er nicht auch einen Revolver bei sich trägt, und vollendetes Tat erklärt, Herr Böhmer hat mich angegriffen und ich befand mich in Notwehr! Böhmer ist empört darüber, daß der „Euniker Anzeiger“ die Erklärung des Reichsbanners abgedruckt hatte und fordert vom dem Berleger Andros als Deutschnationalen,

alle Marxisten in seinem Betriebe zu entlassen und erwerbslos zu machen.

Im Zukunft hätten Nazi-Angehörigen auf der Hauptseite zu stehen und von jetzt an müsse ein anderer Ton in die Zeitung kommen.

Böhmer schloß: Ich erkläre ausdrücklich, alle Mittel sind uns recht, um zum Ziele zu kommen, wir wollen keine Gewalttaten, aber wir verurteilen nicht die Stimme unseres Blutes!

Heute morgen hat die Stadtverwaltung — ungeschicklich, aber wahr! — sich den unerwünschten Forderungen Böhmers unterworfen. Sie hat unseren Reichsbannerkameraden Siebenbröt, der bei den städtischen Licht- und Wasserwerken beschäftigt gewesen ist, wegen angeblicher Vorbereitung ungesetzlicher Handlungen striflos entlassen. Siebenbröt hatte die Daurzeitung für die Arbeiterbewegung heute ausgesperrt und allein aus diesem Grunde nimmt sich die Stadtverwaltung das Recht zur striflosen Entlassung!



### Magistrat, werde höflich Steuerermahnungen einst und jetzt

In der letzten Stadtvorstandssitzung hatte der Bürgerklub in einer Entschließung dem Magistrat dringlich ersucht, bei Erhebung der Steuern alle höflichen Einmahner pflanzlich zu behandeln und stets in der Form der Maßnahmen sich zu verhalten. Als einzelne Vertreter des Bürgerklubs sich dann äußerten, so hatten sie in den Mahnschreiben beklagt, erwiderte der Bürgermeister, daß diese Mahnschreiben nicht rechtzeitig entrichtet wurden, so höflich und freundlich gemacht, daß man sich diesen unangenehmen Vorgängen noch mal so gern leistete. Wer's nicht glaubt, der lese:

Vor 100 Jahren.

Unseren gnädigen Gruß zuvor!  
Hochachtungsvoll  
Hochachtungsvoll

Es ist am 8. Oktober dieses Jahres eine Rechnung der Rasse Unseres Kammergerichts, wonach für in Saden Steuer das Finanzministerium 3 Mk. 3 Gr. 3 Pf. Gebühren und Auslagen an sich selbst, zur Verwaltung binnen 8 Tagen mitgeteilt. Da für aber diesen nicht nachgenommen, haben wir auch an die postfreie Einreichung solcher 3 Mk. 3 Gr. 3 Pf., und zwar binnen 8 Tagen an den Rentkassen Magistrate, gebittet und bei Kontrollanten Kopien mitbringen hiermit erinnern wollen, anderer Gestalt Wir uns genötigt sehen werden, die Execution dieserhalb gegen Euch zu verhängen.

Eind Euch in Gnaden gemogen.

Werdens Berlin, den 8. November 1801.

Unterschrift (damals genau so unleserlich wie heutzutage auch).

Vor 50 Jahren.

Ich benachrichtige Sie, daß die Ihre Einkommensteuer in Höhe von 17 Mk. 18 Pf. noch nicht entrichtet haben und erlaube Sie darum, diesen Betrag recht bald an mich gelangen zu lassen. Ich würde sehr bedauern, wenn dadurch, daß die Angelegenheit sich verzögern sollte, ich zu weiteren Maßnahmen bezügl. Betreibung der Rückstände genötigt würde. Nach der Vorschrift des Gesetzes konnte ich nicht umhin, solche Mahnschreiben einzuleiten, wenn Sie länger als 8 Tage mit der Zahlung säumen sollten.

Mit aller Hochachtung!

Bochum, den 28. Mai 1881.

An Herrn R.R.

W. S. Mit den Herrn dieser Verfügung im Betrage von 50 Mark an die Ihre Konto belastet. Dieselben werden jedoch niedergeschlagen, wenn Sie innerhalb von 8 Tagen Zahlung leisten.

Vor einigen Tagen.

Öffentliche Steuererhebung. Die Steuern vom Grundbesitz, vom Gewerbe, Gemeindegemeinschaften, Kaufmannssteuer, Konsumsteuer, und Pflanzungsgebühren sowie die Straßenreinigungsteuer für November und die Gewerbesteuer (bzw. Vorauszahlungen) für Oktober/Dezember waren am 16. November, die Schulgebühren für die hiesigen Mittels- und höheren Schulen für November am 10. November 1931 fällig. Ihre verbleibenden Zahlungen sind die hiermit ersuchten Betragsschulden. Beträge, die gemäß der Steuerordnung vom 20. Juli 1931 zu zahlen.

Nicht erforderte Rückstände werden durch Zwangsvollstreckung gezwungensmäßig eingezogen. Mahnzeile werden nicht zugesandt.

Halle, den 17. November 1931.

Der Magistrat.

### SPD., Ortsverein Halle

13. Ortsjahr der SPD. Am Donnerstag, dem 19. November, 8 Uhr abends, findet im „Schreibergarten“ ein Besondere unsere Mitgliederversammlung statt. Referent: Genosse Streicher. Um möglichsten Erscheinen wird gebeten.

Frühstücken. Dienstag, den 24. November, abends 8 Uhr, im „Volksparck“ Lichtbildvortrag über Frühstücken. Alle Genossinnen werden ersucht, pünktlich in dieser Versammlung zu erscheinen. Gäste können eingeführt werden.

# Umstrittene Selbstverwaltung

## Ideale der Vergangenheit im Schmelztiegel der Geschichte

Halle, den 19. November.

Verfassungsfragen — Grundfragen der kommunalen Politik! Das könnte man wohl als Leitgedanke über die Beratungen schreiben, die am Montag von unseren Stadtverordneten gepflogen wurden. Es waren Fragen von grundsätzlicher Bedeutung, die da mit mehr oder weniger Temperament von den verschiedensten Verteidigern der Selbstverwaltung erörtert wurden, und von diesem Gesichtspunkt aus ist ein kritisches Wort auch von uns dazu gesagt.

Die Gemeindeparlamente haben früher einmal vielleicht bis zum Wetterhahn auf der Turmhöhe gesehen, ohne sich zu überlegen, was hinter der nächsten Gassechüre passieren möchte. Politische Umwälzungen und nachrevolutionäre Steuerpolitik veränderten dieses romantische Bild, so daß selbst die Notverordnungen kaum noch einen Gemeindevertreter überfallen, wenn sie ihm zum Bewußtsein brachten, daß das 20. Jahrhundert lokale Räume reiflos herunterriß. Die Kommunalpolitik ist seit den Novembertagen in ein größeres Licht gestellt worden. Wer aber Gelegenheit hatte, all das zu beobachten, was in der letzten Zeit auf den Rathhäusern, in den Gemeindefestungen im Zeichen der Selbstverwaltung getrieben wurde, der konnte sich davon überzeugen, wie ein erschütterndes Verdrüß aus dieser Selbstverwaltung gemacht worden ist. In diesem Verdrüß erkannte der aufmerksame Beobachter das Gesicht der Selbstverwaltung, die den Gemeinden nach Erlaß der preussischen Notverordnung geblieben ist. Der Sinnweis des sozialdemokratischen Fraktionsredners auf die

„Selbstverwaltung“ unter dem Dreifaltigkeitsschild war durchaus am Platz. Erinnern wir uns doch: Wer gab dem schaffenden Teil des preussischen Volkes 1918 die unversäufte kommunale Demokratie? Und wer spielte jahrzehntelang mit dem Verfassungsdiskurs eines föhlichen Herrschers? Die alten Konzeptionen, die Angehörigen her, die am Montag im Stadtsaal so lebhaft über die Schmälerung der Selbstverwaltung jammernten. Das muß berücksichtigt werden bei der Prüfung der Frage, wo die rechtliche Mittel der Selbstverwaltung liegen. Erst die Umwälzung 1918 — das heißt so allgemein, „System“ — erschloß jedem Bürger mit dem allgemeinen und direkten Wahlrecht die kommunalen Tätigkeitsgebiete, die ihm das allpreussische Dreifaltigkeitsschild einengte.

Wir Sozialdemokraten sind zu jeder Zeit für demokratische Grundzüge im öffentlichen Leben eingetreten. Aus diesen Grunde schon fühlen wir uns berechtigt, auch in der Art der Notverordnungen die Wahrheit offen auszusprechen. Es ist nicht unsere Art, um verlorene Mühe zu weinen. Wir Sozialdemokraten haben nichteres zu tun, als Vergangenes nachzutragen und einen geistigen und schaltungsmäßigen Kontinuitätismus zu pflegen. So wenig wir Illusionen haben, die geschichtliche Leistung eines Freiherren vom Stein zu verkleinern, so sehr wir sein Ideal, freie Bürger als Verwalter freier Gemeinden, zu schätzen wissen: auch die gemeindliche Selbstverwaltung, die wir seinem Wirken verdanken, ist nicht für die Ewigkeit gebaut. Die gesellschaftliche Revolution, die sich in den Kriegs- und Nachkriegsjahren auf wirtschaftlichen und politischen Gebieten vollzog, kann auch an der Selbstverwaltung der Gemeinden nicht spurlos vorübergehen. Die Finanzhoheit des Reiches, die Demokratisierung des politischen Lebens, nicht zuletzt aber die rasende Entwidlung der Wirtschaft haben den Begriff gemeindlicher Selbstverwaltung innerlich ausgehöhlt. Aus dem ursprünglichen Selbstverwaltungsbegriff sind im Laufe der Zeit parlamentarische Kontrollinstanzen geworden, mit all den Fehlern und Schwächen, die diese Einrichtungen notwendig machen müssen. Jetzt hat die preussische Notverordnung den städtischen Vertretungskörpern auch dieses Recht parlamentarischer Kontrolle genommen.

Wenn man diese Dinge oberflächlich betrachtet, könnte es scheinen, als ob der Begriff gemeindlicher Selbstverwaltung

nur noch eine freundliche Selbsttäuschung sei, als ob wir langsam, aber sicher, dem reiflichen Abbau der Selbstverwaltung und einer Zentralisierung und Bürokratisierung der Verwaltung entgegen gingen. Die preussische Notverordnung könnte jeden Pessimisten in seinem Glauben bestärken.

Aber diese Notverordnung ist nicht das letzte Wort!

So sehr wir überzeugt sind, daß wir nicht alles, was wir an Selbstverwaltung hatten, erhalten bleiben kann, so sehr verständlich ist es für uns, daß auch in den Gemeinden viel Altes und Wertvolles von dem ehernen Schritt gesellschaftlicher Umwälzungsnotwendigkeiten getrennt, von dem verbleibenden Wind gesellschaftlicher Revolutionen hinweggeblasen wird:

Die Selbstverwaltung der Gemeinden ist nicht tot! Was wir heute erleben, ist ein Schmerzhafter, aber nicht sinnloser Umbauvorgang. Im Schmelztiegel der Geschichte werden die Ideale der Vergangenheit umgeformt und umgeformt. In welcher Form sie wieder aufsteigen, das wird nicht zuletzt von der Einsicht und dem Bestimmungswillen unserer heutigen Gemeindevertreter abhängen.

Wer die Zusammenfassung des hiesigen Stadtverordnetenkollegiums kennt, der wird sich schwerlich der Illusion hingeben, der entscheidende Anstoß zur Neugestaltung der Selbstverwaltung könne von Halle ausgehen. Wie leichtsichtig man gerade hier mit ihr umgeht, das hat ja der Überbegriff der Selbstverwaltung ein einziges Beispiel erhärtet, als er darauf hinwies, die Stadtverordneten hätten seine Steuerordnung ja doch abgelehnt, also wäre dem Magistrat ja nichts anderes übrig geblieben, als sie auf Grund der ihm zuteilenden Ermächtigung zu verordnen. Eins aber bleibt aus unseren Stadtrats nicht erspart: Auch sie werden um das Recht der Mitarbeit und Mitbestimmung kämpfen müssen, aber in anderer Form. Nicht um einen Kampf gegen Personen, nicht um einen Kampf gegen fordernde Magistratsmehrheiten handelt es sich hier. Es geht um weit mehr: Es geht um die Wiedergeburt der Selbstverwaltung! Heute, um ein klägliches Torso von ihr geblieben ist, heute, wo die Rechte gemeindlicher Selbstverwaltung fast verdrängt sind, gerade heute soll sich ihre lebende und gesellschaftsfortbildende Kraft beweisen.

### Ziffern des Brauens

Bereits 23 132 Erwerbslose in Halle

Die Arbeitsmarktlage in Halle hat sich in der ersten Novemberhälfte katastrophal verschlechtert. Die Zahl der Arbeitslosen stieg von 22 358 um 3,5 Prozent auf 23 132, die der Unterhaltungsempfänger von 11 035 auf 11 901. Im gesamten Bezirk des Arbeitsamtes Halle war das Ansteigen der Arbeitslosigkeit etwa gleich stark; gegenüber 45 480 am Monatsbeginn wurden am 15. November 46 972, also um 3,2 Prozent mehr Erwerbslose festgestellt. Die Zahl der vom Arbeitsamt unterstützten liegt von 23 799 um 20,8 — 8,5 Prozent auf 25 833.

In der Berichtszeit sind Einstellungen in den Industrie- und Gewerbe für die Zukunft nur noch spärlich erfolgt. Die vorübergehende Entlastung des Arbeitsmarktes in den länderlichen Bezirken ist damit bereits beendet. Auf der anderen Seite wurden in der Landwirtschaft beträchtliche Entlastungen vorgenommen. Umfassend die Lage auch im Baugewerbe, in der Metallindustrie und weiterhin in den Angestelltenberufen. Die Zahl der Stilllegungsanträge in der Metallgewerbe ist wieder im Steigen begriffen.

### „Die Margisten werden ausgerottet!“

Ein Nazi-„Arbeiterführer“ stelle sich vor.  
An den hiesigen Plakatwänden lebte dieser Tage ein nationalsozialistisches Plakat, auf dem der „preussische Arbeiterführer“ Genosse Wagner aus Bochum als Redner für eine Versammlung angekündigt war.  
Arbeiterführer? Der „B.“ Wagner nimmt wohl, wie wir aus Berichten unseres Bochumer Arbeiterorgans ersehen, braune Parolen an, macht in Zeitungsgeschäften, färdigt unglückliche Besprechungsreden und streicht mühselig Reichstagsabläufe ein. Er verführt also Arbeiter; wo er aber schon einmal Arbeiter gegenfrage kann, ist dieser noch Gehörnis gegeben. Der hoffnungslose Arbeiter scheint bisher mit produktiver Arbeit kaum in persönlicher Beziehung gestanden zu haben. In seiner „Aufbahn“ hat er sich bereits in den verschiedensten Berufen verstreut: abwechselnd war er Finanzbeamter, Hilfsarbeiter, Lehrer und Büroangestellter — er aber nirgends lange geblieben. Diese Vergänglichkeit hat ihn aber befähigt, jetzt bei Eifers „Arbeiterführer“ zu spielen. In welcher Weise der „Arbeiterführer“ die Interessen der Arbeiter vertritt, konnte man sich nach seinen Ausführungen in der Versammlung am Dienstag denken. Es muß spekuliert werden, daß

## Gegen die Harzburg-Braunschweiger Reaktion gegen Inflation und Bürgerkrieg

So lautet das Thema einer von der Ortsgruppe Halle des Reichsbanners für kommenden Freitag nach dem „Volksparck“ einberufenen

### Massen-Kundgebung

Redner sind der ehemalige mecklenburgische Ministerpräsident Joh. Stelling und der braunschweigische Reichstagsabg. Otto Grotewohl

Unser Appell an die rechnende Hausfrau war nicht vergeblich. Kornfranck ist nun — im wahrsten Sinne des Wortes — in aller Munde.

20 Tassen täglich für eine Familie kosten nicht mal 6 Pfennig.



Überforderung der Braunkohle
Anhaltbare Preisstabilität im mitteldeutschen
Erzfeld

Im Mitteldeutschen Braunkohlerzfeld gehen seit längerer Zeit
heftige Auseinandersetzungen vor sich, die zu guter Letzt damit zu-

Die Konzentration des Verkaufs bei der Folge, daß der selbständige
Großhandel willkürlich oder gar nicht beizutritt wird. Dadurch scheidet
man die Konkurrenz aus. Das ist eine Angelegenheit, über die nun

Neuorganisation des ganzen mitteldeutschen Erzfeldes
aufgeworfen werden. Wahrscheinlich wird sich der Reichshöflichkeit
bedürftig mit der Angelegenheit beschäftigen, da hier der Antrag der

Bölkereitskommission nach Ostasien?
Eine Erklärung des japanischen Außenministers
Der Berichterstatter der „Times“ meldet aus Tokio: Das
japanische Außenministerium teilt mit, daß die japanischen Ver-

Hallisches Stadttheater

Die „Eda“-Oper verband ihr Entstehen einem Ereignis, das
mit der Kunst im Grunde genommen herzlich wenig zu tun hat:
der Erfindung des Quecksilbers 1669. Das Interesse, das alle euro-

Die Aufführung fand den starken Beifall eines ausverkauften
Saales. Besonders feierlich wurde natürlich der Jubilar August
Koesler gefeiert.



Dr. Hans Freyer, Dresden, 19.30; Oberbürgermeister; 21: Wirtschaft-

Kompromißvorschlüge unterbreiten werden. Es wird vorge schlagen
werden, die jetzigen Parier Verhandlungen zu vertagen und eine
Entscheidung aufzuschieben, bis der Völkereitsrat die Streitfrage

Rundfunk-Programme

Leipzig
Freitag: 6.30: Jungmusik. 8.15: Frühkonzert. 10.10:
Schumann. 12.10: Von jedem etwas (Schallplatten). 12.55: Zeitfragen. 13: Wetter-

Herz-Anoden
Herz. Vert.-Lager. Er. Steinf. 13. Cing. Mittelst.
14: Rundberichte. 14.30: Studio. 15.15: Feiert der Bombast. 16 bis 16.15:

Die Aufführung fand den starken Beifall eines ausverkauften
Saales. Besonders feierlich wurde natürlich der Jubilar August
Koesler gefeiert.

Am Thalia-Theater wurde gestern Schnitzlers „Siebelen“ gespielt.
die Geschichte des „jüdischen Wiener Mädchens“, das an ihrer Liebe ver-

1. Kammermusik-Abend des
Klinger-Quartetts

Die Befürchtung, daß das Klinger-Quartett durch mangelndes
Interesse gesungen werden könnte, seine Konzerte in Halle einzu-

Das Programm stand im Zeichen Mozart, Spohr und Beethoven.
Mozarts Streichquartett Es-Dur (K. 428)
letzte den Abend ein; trotz des freundlichen „Es-Dur“ ein Werk,

Die Aufführung fand den starken Beifall eines ausverkauften
Saales. Besonders feierlich wurde natürlich der Jubilar August
Koesler gefeiert.

Die Innenminister der
deutschen Länder beraten
Maßnahmen gegen
radikale Gewalttaten

Von links nach rechts:
Reichsinnenminister Grotzer.
Der braunschweigische Innenminister
Klagges (hinten).
Der thüringische Innenminister Kästner.
Der preussische Innenminister Cöpping.

Königsruhrhaus

Freitag: 6.30: Jungmusik. 8.15: Frühkonzert. 10.10:
Schumann. 12.10: Von jedem etwas (Schallplatten). 12.55: Zeitfragen. 13: Wetter-

Geschäftsverstehe

„Der Handel“ „Qualität über alles“ hat die Waggel-Vertriebsfirma mit der Ein-

Die Aufführung fand den starken Beifall eines ausverkauften
Saales. Besonders feierlich wurde natürlich der Jubilar August
Koesler gefeiert.

Neue Filme:

Berlin-Alexanders'as

Im 62. Urtischtske in Halle faßt zur Zeit ein Zentlein, der neben
intermittierenden Urtischtskeberichten recht bedeutenswerte (sozialpolitische) Stellung-

Die andere Seite

Dieses wunderbar englische Streifenbild ist nun auch als Zentlein heraus-
gegeben. Das ist die 62. Urtischtske (Schauung und Niederbild) in

Als 1 Gutscheine gilt

jede Umhüllung der 5er-Packung von MAGGI'S Fleischbrüh-Würfeln,

auch wenn sie noch nicht mit Gutscheine-Aufdruck versehen ist.

Es gelten aber nicht als Gutscheine die Umlegestreifen der einzelnen Fleischbrüh-Würfel.





# Merseburg

## Bilanz der städtischen Werte Der Verwaltungsbereich der Stadtverordneten vorne erst

Dem Magistrat werden wieder Vorlagen für die Stadterneuerung vorgelegt. Ein Zeichen, daß es in Merseburg auch einmal wieder eine Stadterneuerungsermächtigung geben wird. Es ist jetzt der Verwaltungsbereich der städtischen Werte für das Rechnungsjahr 1930/31 eingelaufen.

Die Bilanz der Hauptverwaltungen schließt ab (am 31. März 1931) mit 554.120,97 RM. Der Gesamtumsatz bei der Kaufförderung der städtischen Werte (Wasser, Elektrizität und Desinfektionsmittel) betrug im Berichtsjahre 1.680.813,32 RM. gegen 1.898.118,98 RM. im Vorjahre. Also ein erheblicher Rückgang. — Besondere Mühe hat man sich mit der

Auffstellung der Wertbilanzen gegeben und rechnet je Mann 615,22 RM. aus, gegen 577,46 RM. im Vorjahre bei fast gleicher Beschäftigtenzahl. Was soll wohl diese umfängliche und gar nicht den Kern der Sache treffende Berechnung bedeuten? Will der Herr Deputierter Geste etwa darauf hinweisen, daß in seinem Fabrikbetrieb derartige nicht geleistet wird? Man schneidet den Kopf, was alles in dieser Berechnung als Soziallast angesehen wird. Es ist u. a. Unschuldige, Steuerzahler, Frauen- und Kinderzulagen, Fahrradzulage, Berufszulage, Rente, Pension, Handwerkerzulage (12,65 RM. je Mann), Schule, Sühnen, Berufsbeiträge. Freit nur noch, daß man als Soziallast noch die Zeit anrechnet, die der Arbeiter zu seines Weibes Nothdurft gebraucht. — In der Gewinn- und Verlustrechnung für das Wasserwerk wird ein Bruttoüberschuß von 79.015,15 RM. nachgewiesen. Für Wasserwerke, die sich mit Rücksicht auf ausgeführte umfangreiche Erweiterungs- und Erneuerungsarbeiten um 87.486 RM. erhöht haben, werden 72.500 RM. verteilt; zur Ueberweisung an die Einlage für den Erneuerungsfond gelangen 616,15 RM. Der Reingewinn für das Wasserwerk im Berichtsjahre 1930/31, zurückgelassen und muß dem Erneuerungsfond zugewandt werden.

Für das Gaswerk ergibt sich in der Gewinn- und Verlustrechnung ein Bruttoüberschuß von 82.228,80 RM. Für Abreibungen werden 81.714 RM. verteilt; zur Ueberweisung an die Einlage für den Erneuerungsfond kommen 614,80 RM. Durch Reuberlegung von 970 Meter Hauptrohrleitung und Erneuerung der Strophenleitung

lung von 20 Gaslampen ist eine Erhöhung in der Summe der Abschreibungen um 5000 RM. gegen das Vorjahr erfolgt. Der Reingewinn ist gegen das Vorjahr um 16.688,82 RM. zurückgeblieben. In der Hauptbilanz ist das auf die Verrechnung der Kosten für die Straßenbeleuchtung und die Veränderung der Einnahmen aus Inflationen zurückzuführen.

Als maßgebend für den Stadtbudget kommt vor allem das Elektrizitätswerk in Frage. Der Bruttoertrag in Gewinn- und Verlustrechnung beträgt 262.791,13 RM. für Abreibungen werden 73.788 RM. für

Abgabe an den Stadtbudget 177.008,18 RM. und für Abgabe an den Kraftwerksfonds 2000 RM. verteilt. Die Summe der Abreibungen hat sich gegen das Vorjahr um rund 10.000 RM. erhöht. Sie ist durch die Erneuerung des Leistungsgutes und der Straßenbeleuchtung notwendig und gerechtfertigt. Der Reingewinn ist gegen das Vorjahr um rund 44.000 RM. zurückgeblieben. Das hat zur Hauptursache seine Ursache in der verminderten Energieabgabe und den wesentlich zurückgegangenen Einnahmen aus Inflation. Dann aber auch in der Erhöhung der Unkosten für deren Steigerung wachsende Verlustpunkte maßgebend sind. Die Abgabe von nur 177.008,18 RM. an den Stadtbudget bedeutet die Inanspruchnahme des bereits durch Gemeinbeiträge festgelegten, vom Reingewinn haushaltsmäßig in Höhe von 200.000 RM. an die Stadt abzuführenden Betrags. — An eine Ueberweisung an den Erneuerungsfond konnte infolge des außerordentlich zurückgegangenen Reingewinnes in diesem Jahre nicht gedacht werden.

## Vom Spiel in den Tod

Auf der Hingelocher Straße in Merseburg ereignete sich beim Spielen der Kinder ein folgenschweres Unglück. Einige Jungen machten sich an einer Baumstamme zu schaffen und legten einen Strohballen frei — wie, ist den Festsetzungen jetzt noch ein Rätsel, da das Holz für kräftige Männer keine leichte Arbeit ist. In demselben Moment wurde eine Kugel frei, und mit ungeheurer Wucht traf sie den völlig unbetätigten 13jährigen Knaben G. an den Schläfen. Die Kugel drückte durch. Mit einem schmerzhaften Schrei brach der Knabe zusammen und starb sofort. Die Kugel war ein Stück Blei, das von einem Schützen aus dem Hinterbusch geschossen worden war.

Polizeiinspektor zur Person Walter Berlin. Das Aufsehungs- und Reklamationsamt Berlin beantragte die Beschlagnahme des Schusses. In der Zeit vom 1. bis 20. Dezember d. J. können Bürger aus dem Bezirke von Frauen in Stadt und Feld und von der Jagd an „Widerrückens Grime Wode 1928“ Gewehrbesitz, Schieß- und Jagdzeug, erlangen werden, wo auch die anderen Bedingungen zu haben sind. Es sind eine Reihe Preise ausgesetzt.

## Ämtliche Bekanntmachungen der Stadt Merseburg

- Nr. 39. Donnerstag, den 19. November. 1931.
1. Erlass für ein ausgegliedertes unbesoldetes Magistratsmitglied. Der unbesoldete Stadtrat Wilmin Heiderberg, welcher zum Wahlvorsitzende Schmidt (bürgerliche Parteien) zum unbesoldeten Magistratsmitglied gewählt war, ist am 11. November 1931 in Merseburg verstorben.
  2. Gemäß § 3 und 9 des Gemeindeabgabengesetzes vom 12. Februar 1924 (G.-Sammg. 1924, Seite 99) in Verbindung mit der Verordnung vom 28. Juni 1931 (G.-Sammg. 1931, Seite 116) wird die Erzielung dieser Stelle bekanntgemacht.
  3. Falls die Ablicht besteht, die Reihenfolge der auf dem Wahlvorsitzenden stehenden Bewerber zu ändern, muß die Veränderung dem Magistrat binnen 2 Wochen, von dem Tag nach dieser Veröffentlichung ab gerechnet, durch die Wahlbehörde bei der noch nichtberechtigten Interessenten des Wahlvorsitzenden schriftlich mitgeteilt werden.
- Merseburg, den 16. November 1931. Der Magistrat.

6. Genehmigung des I. Rachtrages zur Freibahnordnung vom 24. April 1928.
  7. Antrag der kommunistischen Stadterneuerungsfaktion auf Anlegung eines kommunalen Friedhofes.
  8. Antrag der kommunistischen Stadterneuerungsfaktion auf Bewilligung von Gehaltsmitteln für die Räumliche der Internationalen Arbeiterhilfe.
  9. Anträge auf Hilfsmaßnahmen für Erwerbslose der Merseburg, den 19. November 1931.
- Der Stadterneuerungsvorsteher.  
Brenner.

**Steuertaxen für 1932.**  
Diejenigen Firmen, Behörden und sonstigen Arbeitgeber, welche die Steuerarten ihrer Arbeitnehmer für 1932 gesammelt zu erhalten wünschen, haben ein Verzeichnis der bei ihnen beschäftigten Gehalts- und Lohnempfänger, soweit sie am 10. Oktober 1931 im Stadtbezirk Merseburg gewohnt haben, bis zum 26. 10. 31. dem Stadterneuerung, Wirtschaftsprüfungsbüro, eingereicht. Das Verzeichnis muß Ort- und Vornamen, Stand oder Beruf, Wohnung am 10. Oktober 1931 in Merseburg (Straße und Hausnummer) sowie bei Ehefrauen auch den Namen und Beruf des Ehepartners enthalten und ist tragegenweise geordnet aufzustellen. Nicht in das Verzeichnis sind befristete Arbeitnehmer aufzunehmen, die sich des Erwerbes wegen in Merseburg aufhalten und ihren Familienunterhalt außerhalb Merseburgs haben. Diese Arbeitnehmer erhalten ihre Steuerarten durch die Gemeindebehörde ihres Familienwohnsitzes.

Der Zeitpunkt der Kartenausgabe wird noch bekanntgegeben.

Merseburg, den 19. November 1931.  
V. 15/31.  
Der Magistrat.

**Gefamiltenshaus**  
Klosterweg 15, sofort zu verkaufen. Bessere Bedingungen im Zimmer 11 des Rathauses am Markt einzuholen.  
Verhandlungen sind bis 26. November 1931 an Magistrat (Grund- eigentumsverwaltung) zu richten.  
Merseburg, den 17. November 1931.  
— II. — 731.  
Der Magistrat.

**Verkaufsmessung, Marktstraße Nr. 4.**  
Freitag, den 20. November 1931, von 10—14 Uhr Verkauf.  
Donnerstag, den 26. November 1931, von 10—14 Uhr Annahme.

## Fremdenvorstellung in Leipzig

„Der Hauptmann von Ripstein“ im Alten Theater.  
Mehr und mehr gewinnen auch die Fremdenvorstellungen der Leipziger städtischen Theater in Merseburg an Interesse und es ist ein nicht kleiner Kreis, der sich zu diesem Zweck nach Leipzig begibt. Zumal jetzt, wo man so bequem mit der Eisenbahn fährt. Mit einer Einreisefahrt — bis auf das Reisehospitium. Es ist schon eine alte Forderung von uns — und daran müßten auch die Leipziger Verkehrsmittel wie auch die städtischen Theater das größte Interesse haben, daß auch Sonnabends ein Spätabendzug, etwa gegen 23 Uhr, über Böhlen nach Merseburg geleitet wird. Ueber den Inhalt des Stückes ist von uns nicht viel zu sagen, nachdem es an anderer Stelle schon einmal ausführlich getan ist. Ein Märchen nennt es sein Verfasser Carl Zuckmayer. Nun, ein Märchen ist immer etwas Symbolhaftes. Und das ist auch hier durchaus der Fall. Nur daß diese Symbole generationenweise ein ganzes Volk beherrscht und zum Schluß — unglücklich und elend gemacht haben.

Im Jahre geleht von Erich Schönlank, muß man vor allem die Naturaffekt, meistens durch die realistischen Bühnenbilder von Niebling noch unterfüttert, loben. Da war nichts Aufgetragenes. Echt und recht, wie es die Menschen in jener Klassenstufe kennen gelernt haben, sollte die Aufführung vor dem Zuschauer aus. Die Wirklichkeiten zusammen genommen boten eine wohlgeplante Aufführung, für die das Publikum zum Schluß in nicht endemütlichem Beifall darste.

## Ein schenklischer Hund

In der Rüdenanlage am Stadtpark wurde heute früh ein völlig ausgepöckeltes Rehgeborenes als Beute aufgefunden. Es ist anzunehmen, daß das Reh, durch irgendeinen Kanakidationsbedeß, gelangt, hierher gelangt ist. Welches Drama mag dieser Tat vorausgegangen sein?

## Freitino für Erwerbslose

Wie wir erfahren haben, hat sich nun auch der Besitzer der am erkrankten Erwerbslosen, Er. Rittersstraße, eine Freitinovorstellung in der Woche für Erwerbslose durchzuführen. Die nächste Vorstellung findet am kommenden Mittwochabend 10 3/4 Uhr statt, wofür 300 Karten beim Volkshaus zum Abholen sind.

**Spende für die Winterhilfe.** Als Ueberbleibsel aus einer Veranstaltung hat der Schlichterverein dem Magistrat 300,70 RM. für die Winterhilfe gespendet. Ein Beifall, daß für andere Vereine nachgemindert ist.

## Kreis Cuersfurt

**Großmüchener Hundschau**  
München. Der Vorsteher des hiesigen Polizeireviere Hauptmann Zierler ist als Reviervorsteher nach Leipzig versetzt worden. Während seiner Tätigkeit hat er verstanden, sich die Lösung aller Bevölkerungsschwierigkeiten zu erwirken. Als Nachfolger hat Hauptmann Spitta aus Merseburg die Leitung des Polizeireviere übernommen. — Von den Reviere Münden wurden am 12. November insgesamt 359 Erwerbslose gegen 327 in der Vorwoche unterfüttert. Davon entfallen auf Münden allein 302 Erwerbslose. — Anmeldung von Schülern (innen) zum Besuch des städtischen Reformschulungsinstitutes werden am 20. November von 8 1/2 bis 11 Uhr und am 23. November von 8 1/2 bis 12 1/2 Uhr im Direktionszimmer der Anstalt erbeten.

## Überfall auf Reichswehrsoldat

Cuersfurt. In den frühen Abendstunden des Sonnabends wurde auf dem Wege von Cuersfurt nach Döberleben ein Reichswehrsoldat von drei unbekanntem Männern überfallen. Der Soldat setzte sich mit dem Geliebten zur Wehr und brachte den Angreifern hart blühende Wunden bei. Von den Angreifern wurden mehrere Schüsse abgegeben.

## SPD, Godes-Wartbüchlein

Deutschlands Schicksalsfrage — Sozialismus oder Untergang? Ueber dieses Thema spricht am Sonnabend, dem 21. November, um 20 Uhr, im Lokal „Gerp“ in Merseburg der Redakteur Vergholz (Zeit).  
Vertrittige heraus! Holt Euch Auffklärung!

## Jaalkreis

### Beizweiffungstat eines Vaters

Mölan. In der Nacht zum Dienstag hat sich in Mölan eine furchtbare Familientragödie abgespielt. Als die Schwiegermutter des Maurers Fode Dienstag morgen gegen 4 1/2 Uhr dessen Wohnung betrat, bemerkte sie starken Gasgeruch. Fode hatte den Gasofen geöffnet, um ihn seinen beiden Kindern aus dem Leben zu scheiden. Die Kinder, ein 12 Jahre alter Mädchen und ein 4 Jahre alter

# Wir wissen zwar

1. daß viele Raucher in den Zigaretten-Marken wechseln und nach einer besseren suchen,
2. daß viele Raucher **CLUB** noch nicht kennen, denn diese Zigarette gibt es erst seit kurzem.

# Wir wissen aber auch

3. daß jeder Raucher, der **CLUB** probiert, keine andere Zigarette mehr anrührt, denn:

# CLUB ist mild und kräftig nicht



3 Stück

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt  
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219311119-10/fragment/page=0007





